Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Januar 2014 Nr. 01 · 10. Jahrgang

„Liebknecht kämpfte für uns alle“

Ehrendes Gedenken zum 95. Jahrestag der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Das Jahr 2014 ist das Jahr, in dem sich der Beginn des Ersten Weltkrieges zum 100. Mal jährt. Und es ist das Jahr, in dem Linke am 15. Januar 1919 der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum 95. Mal gedenken.

1914 hatte Karl Liebknecht im Reichstag als einziger gegen die Kriegskredite gestimmt. Und Rosa Luxemburg stellte im selben Jahr fest: „Dass es die herrschenden Klassen sind, die allzumal zu Katastrophen treiben, dafür ist Deutschland heute ein klassisches Beispiel.“

„Liebknecht kämpfte für uns alle“, schrieb Rosa Luxemburg, als man ihn nach der berühmten Maidemonstration 1916 auf dem Potsdamer Platz verhaftet hatte. „... Er hat gezeigt, dass man auch in Deutschland für seine sozialistische Überzeugung mit dem ganzen Menschen einsteht.“ Dieser Überzeugung, für die Rosa und Karl von der Reaktion ermordet wurden, fühlen wir uns unverändert verpflichtet.

Wir gedenken ihrer im Rahmen der Luxemburg-Liebknecht-Ehrungen am 12. Januar 2014 in Berlin. Und es ist eine gute Tradition, dass auch PotsdamerInnen im Januar Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gedenken. So am 95. Jahrestag ihrer Ermordung (15. Januar) vor dem Haus Hegelallee 38, dem ehemaligen SPD-Vereinslokal, in dem Karl Liebknecht 1914 von seinen Genossen den Auftrag erhielt, im Reichstag gegen die Bewilligung der Kriegskredite zu stimmen. Und aus gleichem Anlass treffen wir uns am 19. Januar im Lustgarten am Monument „Herz und Flamme der Revolution“.

-red/KPF



Wahljahr 2014: „Wir sind das Original – die Partei der sozialen Gerechtigkeit“

Bisher gab es im Land Brandenburg rund 2,1 Millionen Wahlberechtigte, 2014 sind es nun rund 35.000 16- und 17-jährige Erstwähler zusätzlich. Denn im Wahljahr 2014 sollen Jugendliche in Brandenburg ihre Stimme abgeben und die Politik aktiv mitgestalten. Als erstes Flächenland hatte Brandenburg 2011 die Wahlen ab 16 ermöglicht - so können Jugendliche erstmals an die Wahlurnen gehen. Am 25. Mai 2014 Mai stehen die Wahlen zu Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen und Ortsbeiräten an. Am 14. September folgt die Landtagswahl. Zu diesen beiden Wahlen können Jugendliche ihre Stimme abgeben. Parallel dazu findet am 25. Mai auch noch die Wahl zum Europaparlament statt.

Die Brandenburger LINKE wird sich am 24./25./26. Januar 2014 in der Landeshauptstadt personell für das Wahljahr 2014 aufstellen. Erste Verständigungen dazu fanden bereits statt, wurden in den Kreisverbänden und Wahlkreisen debattiert und fanden bzw. finden bei der Aufstellung der Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten mit

(Fortsetzung auf SEITE 2)

In dieser Ausgabe

LINKS INFORMIERT:

3 DIE LINKE nach dem Kreisparteitag: Gestärkt, selbstbewusst, entschlossen



LINKS IM RATHAUS:

5 Unsere Stadtfraktion steht für bürgernahe Politik

MITTE UND NÖRDLICHE ORTSTEILE:

6-8 Aktion Unterschriftensammlung gegen Hartz IV-Sanktionen/Innenstadthändler/Golm/Nahversorgung Ortsteile/Goldenes Ehrenbuch/Mehr Rechte für Ortsbeiräte

LINKS DISKUTIERT:

9 Koalition: „Nicht geliefert!“/Rot-rot-grün – eine nicht genutzte Chance

FORUM LINKS:

10 Demokratie und Sozialismus/Gauck boykottiert/DIE LINKE in den Medien

EUROPA LINKS:

11 EU-Handelspolitik/Merkels EU hat keine Zukunft/Krise ohne Ende

Informationen der Redaktion

Die Februar-Ausgabe von „Potsdams anderen Seiten“ erscheint am Dienstag, 4. Februar 2014. Redaktionssitzung ist am Dienstag, 7. Januar, ab 18.30 Uhr in der Geschäftsstelle Dortustraße. Redaktionsschluss ist dann am 20. Januar 2014.

Verbotsverfahren konsequent durchführen!

Die VVN-BdA begrüßt entschieden die Einleitung eines neuen NPD-Verbotsantrages durch den Bundesrat. Bedauerlich ist, dass Bundesregierung und Bundestag beiseite stehen und keinen Beitrag zum Verbot der ältesten neofaschistischen Partei Deutschlands zu leisten bereit sind. Erfreulich ist, dass die Landesinnenminister erklären, nunmehr keine V-Männer mehr in den Führungsgremien der NPD zu führen.

Es ist erschütternd, dass es anscheinend erst des NSU-Skandals bedurfte, um so weit zu kommen. Der allgemeine Vertrauensverlust in die sogenannten „Verfassungsschutz“-ämter und die offenkundige Verquickung von führenden NPD-Kadern in ein langjähriges Mordkomplott waren so schwerwiegend, dass das V-Mann-System nunmehr für beendet erklärt werden musste. Das offizielle Ende der faktischen Verquickung von Neonazi-Partei und Staat ist bereits ein Erfolg für sich.

Bestätigt fühlen können sich alle, die seit fast 50 Jahren dafür gekämpft haben, die legale Existenz einer neofaschistischen Partei mit allen daraus resultierenden finanziellen und juristischen Vorteilen für die NPD zu beenden. Die VVN-BdA hat sich dafür von Anfang an und insbesondere seit 2007 mit ihrer Kampagne „nonpd – NPD-Verbot jetzt!“ besonders engagiert. Bis zum Verbot und der tatsächlichen Auflösung der NPD wird die VVN-BdA das Verbotsverfahren kritisch begleiten.

Dr. Axel Holz, Bundessprecher der VVN-BdA



(Fortsetzung von Seite 1)

Berücksichtigung. So kündigte der Landesvorsitzende Stefan Ludwig an, dass er erneut für den Landtag kandidieren und sich auf die zukunftsfähigen Kommunalstrukturen konzentrieren möchte. Im Wahlkreis 19 (Gemeinde Schwielowsee; Werder; die Ortsteile Bornim, Bornstedt, Eiche, Fahrland, Golm, Groß Glienicke, Grube, Marquardt, Nedlitz, Neu Fahrland, Sacrow, Satzkorn und Uetz-Paaren) wurde der Potsdamer Kreisvorsitzende Sascha Krämer als Direktkandidat nominiert. In den Potsdamer Wahlkreisen 21 und 22 waren es Anita Tack (Nördliche Innenstadt, Babelsberg, Klein Glienicke, westliche und nördliche Vorstädte) und Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (Drewitz, Kirchsteigfeld, Potsdam-Süd, Stern, südliche Innenstadt und Zentrum Ost).

DIE LINKE wird sich auf der Grundlage ihres am 19. Oktober 2013 einstimmig beschlossenen Leitbildes für ein lebenswertes Brandenburg in allen Regionen des Landes engagieren und die Schwerpunkte für den kommenden Wahlkampf daraus ableiten. Dafür steht auch der designierte Spitzenkandidat, Christian Görke, der mit breiter Unterstützung des Landesvorstandes, der Landtagsfraktion und auch der Kreisvorsitzenden als Landesvorsitzender kandidieren wird. „Gemeinsam werden wir im Wahlkampf 2014 unser Angebot mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren“, so Görke. „Wir sind das Original, wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit.“

LINKE Inhalte stehen im Mittelpunkt

In vier Jahren Regierung sind wir im Land stabil geblieben. Die Erfolge der LINKEN - Kommunen, die finanziell so gut aufgestellt sind, wie nie, über 2000 neue LehrerInnen an den Schulen, Sicherung aller Krankenhausstandorte im Land, eine moderne Justizpolitik, die über Brandenburg hinaus ausstrahlt, Aufhebung der Residenzpflicht, Verbesserung des Kita-Betreuungsschlüssel etc. - können sich sehen lassen.

Weil unsere politischen Gegner dies zur Kenntnis nehmen müssen, greifen sie nicht nur unsere Politik sondern zunehmend auch die Integrität unseres Spitzenpersonals an. Volkmar Schöneburg ist zurückgetreten. Er wollte und konnte sich der aufgeheizten Debatte nicht mehr stellen. Das bedauern wir sehr. Der Vorwurf, Volkmar Schöneburg sei erpressbar oder käuflich, ist absurd, abenteuerlich und unverschämt. Diesen Vorwurf weisen wir mit Nachdruck zurück.

Geschäftsführender Landesvorstand und Fraktionsvorstand haben sich mit unseren MinisterInnen unmittelbar nach Volkmars Rücktritt mit ihm gemeinsam auf die Suche nach einer Nachfolge begeben. Wir wollen zurück in die Offensive, unsere Inhalte wieder in den Vordergrund stellen und wir wollen all jenen, die schon die Sektflaschen raus geholt hatten, deutlich machen: Sagt die Party ab! Unsere Antwort ist klar: Wir kämpfen weiter für ein gerechtes und solidarisches Brandenburg und dafür schicken wir unser stärkstes Personal.

Mit Christian Görke wechselt nicht nur ein anerkannter Finanzpolitiker an den Kabinettstisch, sondern auch unser designierter Spitzenkandidat und Landesvorsitzender. Christian würde damit auf Augenhöhe zum Spitzenkandidaten der SPD gehen. Helmuth Markov hat in den vergangen Jahren bewiesen, dass er sich sehr schnell in neue Aufgaben einarbeiten kann und vor allem, dass er durchsetzungsstark und souverän ein Ministerium führen kann. Beide können mit Daniela Trochowski und Ronald Pienkny auf erfahrene und ausgezeichnete StaatssekretärInnen setzen. Zugleich wird Helmuth Stellvertretender Ministerpräsident bleiben. Christian wird sein Landtagsmandat für diese Legislaturperiode abgeben. Die Landtagsfraktion unterstützt die Entscheidung.

Unsere Hochachtung gilt Volkmar für eine exzellente Arbeit, die auch in ihrer intellektuellen Macht weit über DIE LINKE strahlt und zu Recht bundesweit Anerkennung gefunden hat und weiter findet. Sie gilt aber auch Christian und Helmuth, die in einer schwierigen Situation bereit sind, ihre volle Kraft für den Erfolg unserer Partei, für die Durchsetzung unserer Ideen und für einen Wahlerfolg 2014 einzusetzen. Sie brauchen jetzt die ganze Solidarität und Unterstützung unserer Partei. Also: Sprecht mit Euren Nachbarn über das, was wir erreicht haben und erreichen wollen. Werbt weiter Mitglieder und SympathisantInnen für DIE LINKE. Lasst uns gemeinsam für viele Erfolge 2014 kämpfen!

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung
für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; ***Sascha Krämer,*** Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: medien**punkt** potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam ***Bernd Martin*** (V.i.S.d.P.); ***Rainer Dyk,*** Redakteur; ***H. Jo. Eggstein,*** Layout; ***Jens Hörnig,*** Reisen, Service; ***Renate Frenz,*** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv, Bergmann (2)
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

DIE LINKE.Potsdam nach dem Kreisparteitag:

Gestärkt, selbstbewusst, entschlossen

Am Samstag, dem 14. Dezember, traf sich die Potsdamer LINKE in der Aula des Humboldt-Gymnasiums zu einem Marathon-Parteitag. Und sie hat Ausdauer bewiesen und wird gestärkt aus diesem hervorgehen. In seiner Eröffnungsrede unterstrich der Kreisvorsitzende Sascha Krämer, dass mit dem nächsten Wahlzyklus wichtige politische Aufgaben vor uns liegen. Mit unseren Positionen, aber auch mit unseren politischen Leistungen können wir jedoch selbstbewusst den aufrechten Gang praktizieren. Er dankte dem Bundestagskandidaten Norbert Müller für einen engagierten und couragierten Wahlkampf.

Der Stadtfraktionsvorsitzende Hans-Jürgen Scharfenberg betonte, dass durch das kontinuierliche Wirken der Linksfraktion das Leben der Menschen in dieser Stadt konkret verbessert wurde. Beispiele dafür sind die neue, hochmoderne Bibliothek, das Potsdam-Museum im Neuen Rathaus, aber letztlich auch die vielen Initiativen im Kleinen, bei welchen wir Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertreten. In der anschließenden Generaldebatte unterstrich Moritz Kirchner, dass in Potsdam Menschen wichtiger sind als Sichtachsen, und dass wir die Stadt gestalten wollen, aber bei einem Potsdam nur für Reiche und einer Garnisonkirche als Militärtempel stolz sind, in Opposition zu stehen.

Der Potsdamer Kreisvorstand wurde gestärkt durch zwei junge, selbstbewusste Genossinnen und Genossen, nämlich Tina Lange und Theresa Rutloff. Beide wurden mit sehr überzeugenden Ergebnissen gewählt, und werden sich ab sofort mit vollem Elan in die politische Arbeit stürzen.

Ebenso wurden die Potsdamer Delegierten für die Landes- und Bundesparteitage sowie die Wählervertreter/innenkonferenzen gewählt. Hierbei wurden vorwiegend Genossinnen und Genossen gewählt, die seit einiger Zeit dabei sind und folglich das Vertrauen der Basis genießen. Trotzdem fahren die Potsdamer mit selbstbewussten Delegationen, bestehend aus jungen und erfahrenen Genossinnen und Genossen. Als Potsdamer Kreisvorschlag für die Landesliste wurde, dem Vorschlag des Kreisvorstandes folgend, die Gesundheitsministerin Anita Tack vorgeschlagen (90%). Sie ist die bekannteste und beliebteste der LINKEN Minister/innen, und wir sind überzeugt davon, dass sie Ende Januar einen sehr guten Listenplatz bekommen wird.

Nachmittags fand dann, direkt anschließend an den Parteitag, die Wählervertreter/innenkonferenz zur Aufstellung der Direktkandidat/Innen im Wahlkreis 21 und 22 statt. Diese lief diesmal als Mitgliedervollversammlung, und das Bild so vieler Genossinnen und Genossen, die an den Entscheidungen teilnehmen wollten, war eindrucksvoll. Vor allem war es auch ein Bildnis, welches die Stärke und Entschlossenheit der Potsdamer LINKEN sehr gut illustrierte. Im Wahlkreis 21 wurde Anita Tack mit einem überragenden Ergebnis (94,8%) gewählt. Für den Wahlkreis 22 traten Solveig Sudhoff und Hans-Jürgen Scharfenberg an. Letzterer setzte sich souverän mit 82% durch. In der Debatte zu den Kandidaten wurde betont, dass die Potsdamer LINKE natürlich ihr Wahlkampfschlachtross aufstellen sollte. Etwas betreten war die Stimmung, als Hans-Jürgen erklärte, dass er nicht auf der Landesliste kandidieren wird. Umso entschlossener werden wir als Partei dafür kämpfen, dass er seinen Direktwahlkreis verteidigen kann.

Ebenso löste die Erklärung von Gerlinde Krahnert zum Rücktritt des Justizministers Volkmar Schöneburg Betroffenheit aus. Es wurde unterstrichen, dass es hier eine gemeinsame Hetzkampagne der Opposition und der Medien gibt, die letztlich auf das rot-rote Projekt und auf unsere Partei zielt. Am Ende eines langen politischen Tages waren alle Beteiligten durchaus erschöpft, aber auch froh, denn es wurde klar: Die Potsdamer LINKE ist gut gerüstet für die kommenden Wahlen. Sie ist, und das lässt sich nach diesem Tag als Resümee festhalten: gestärkt, selbstbewusst und entschlossen, die kommenden Wahlen zu gewinnen.

Moritz Kirchner
Mitglied des Kreisvorstandes


Blick ins Plenum.


Glückwunsch für Anita...


...und für Hans-Jürgen.


Betreuten den Einlass: Alex Frehse und Jan Hanisch.

Am Rande notiert:

Kommunalwahlprogramm 2014. Kreisverband und Stadtfraktion der LINKEN haben ein Kommunalwahlprogramm 2014 erarbeitet und dem Kreisparteitag vorgelegt. „Potsdam – solidarisches Miteinander in einer wachsenden Stadt!", so lautet das Motto des Programms. Schwerpunkte bilden u. a. eine sozial verträgliche Wohnungspolitik sowie die Sicherung guter Entwicklungschancen für alle Kinder und Jugendlichen. Ab Januar soll das Programm in den Basisorganisationen diskutiert und Ende Februar von den Mitgliedern verabschiedet werden.

Anträge beschlossen. Die innerparteiliche Diskussionsveranstaltung am 20. November 2013 hatte gezeigt, dass dem Wiederaufbau der Garnisonkirche in seiner historischen Gestalt ausdrücklich widersprochen wird. Dieses geht über unsere bisherige Forderung hinaus, keine öffentlichen Mittel für den Wiederaufbau einzusetzen. Wir wollen ein deutliches Zeichen für ein Friedenszentrum setzen. Das setzt die Weiterentwicklung des bisherigen Konzepts eines Versöhnungszentrum voraus – so die Begründung für den nachstehenden Antrag, der vom Kreisparteitag einstimmig angenommen wurde: „DIE LINKE. Potsdam spricht sich gegen die Errichtung eines Versöhnungszentrums in der historischen Gestalt der Garnisonkirche aus. Gleichzeitig bekräftigen wir unsere Position, keine öffentlichen Gelder dafür einzusetzen. Darüber hinaus fordern wir, das Konzept eines Versöhnungszentrums hin zu einem Friedenszentrum weiterzuentwickeln. Wir wollen eine breite öffentliche Diskussion mit den Potsdamer/innen über Gestalt und Inhalt dieses Neubaus führen. Dieses begleitend, können wir uns einen Architekturwettbewerb vorstellen, der mehr als eine architektonische Kopie zum Ziel hat. DIE LINKE. Potsdam fordert die Stiftung Garnisonkirche auf, sich diesem Prozess nicht länger zu verschließen."

Weiter beschloss der Kreisparteitag: „Die Diskussion zum Übergang vom Delegiertenprinzip zum Prinzip der Mitgliedervollversammlung wird fortgesetzt und 2016 erneut zur Beschlusslage stehen."

Spendensammlung. Traditionell sammelten die Potsdamer GenossInnen auf ihrem Kreisparteiaktivtag für einen guten Zweck. In diesem Jahr kam eine Spende von 334,73 EUR zusammen für die „Familie Grün".

Armselige Zustände

1759

Am 28. 01. 1759 schreiben 27 Weber aus Nowawes an den Kriegsrat Lingner; in ihm heißt es u.a.: „Ew. Wohlgeboren wird nicht unbewust seyn, in was vor einen armseligen Zustande wir in den Winter des vorigen Jahres unter des Juden Wulffs seine Arbeit gelebet, so daß wir uns kaum mit trockenen Brod unser Leben erhalten können; weil wir nicht allein unser Arbeits-Lohn nicht zur rechten Zeit bekommen, sondern auch sehr schlechte und zur Nahrung nicht hinlängliche Ware zu verarbeiten von den Juden Wulff erhalten haben; und uns überdem der Jude auf ein Stück Garn ein auch zwey Pfennige noch itzo weniger als die Berlinischen Fabricanten geben, bezahlet."

Otto Meier geboren

1889

Dr. jur. hc. Otto Meier wurde am 3. Januar 1889 in Magdeburg geboren. Der Sohn eines Steindruckers besuchte 1895–1903 die Bürgerschule in Magdeburg und arbeitete nach einer kaufmännischen Lehre als Handelsangestellter in Magdeburg und Berlin. Meier trat 1911 in die SPD und in den Zentralverband der Angestellten ein. Aus der Kriegsteilnahme 1915/16 wurde er schwer verwundet entlassen. 1917 ging er zur USPD über, wurde dort Parteisekretär und begann seine journalistische Tätigkeit im Zentralorgan der USPD „Freiheit" und in Parteizeitungen in Hannover und Gotha. Meier lehnte die Politik der KPD ab. Nach der Auflösung der USPD 1922 kehrte er zur SPD zurück, wurde Mitglied des Bezirksvorstandes Berlin, Vorsitzender der Pressekommission beim sozialdemokratischen Zentralorgan „Vorwärts" und 1920–33 Abgeordneter für USPD und SPD im Preußischen Landtag. Ab 1933 wieder kaufmännisch tätig, nahm er aktiv am illegalen Widerstand in der Gruppe um Franz Künstler, Berlin, teil, stand eineinhalb Jahre unter Polizeiaufsicht und verbüßte 1939 und 1944 Haft im Konzentrationslager Sachsenhausen. Meier begann 1945 gemeinsam mit Otto Grotewohl und Max Fechner mit dem Neuaufbau der SPD in der Sowjetischen Besatzungszone. Er war August-November 1945 Referent auf den ersten Bezirksparteitagen der SPD in Leipzig, Halle und Magdeburg, wurde Mitglied des Zentralausschusses der SPD und Chefredakteur des SPD-Zentralorgans in der Sowjetischen Besatzungszone Das Volk. Meier war einer der fünf Vertreter der SPD bei der Bildung des Blocks antifaschistisch-demokratischer Parteien am 14.07.1945 und Delegierter des von ihm mit vorbereiteten Vereinigungsparteitages von KPD und SPD im April 1946. Er wurde Mitglied des Parteivorstandes und des Zentralsekretariats der SED und war gemeinsam mit Anton Ackermann (KPD) in den Abteilungen Presse und Information bzw. Jugend, Kultur und Erziehung zuständig für Verlage, Agitation und Propaganda. Ab 1948 hatte Otto Meier Kontakte zu kritischen Kreisen ehemaliger Sozialdemokraten in der SED um Max Fechner und Erich Gniffke. Mit der Auflösung des Zentralsekretariats am 21.02.1949 wurde er gemeinsam mit anderen ehemaligen Sozialdemokraten aus dem engeren Kreis der Macht entfernt. Er war 1949–52 Präsident des Landtages Brandenburg, 1952 Generaldirektor der staatlichen Archive der DDR, 1953–55 Leiter der Staatlichen Archivverwaltung und wirkte zudem in der Forschungsgemeinschaft "Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" mit. 1958 erhielt Meier den Ehrendoktor der juristischen Fakultät der Universität Halle. Er wurde 1959 mit dem Karl-Marx-Orden geehrt. Otto Meier ist Ehrenbürger von Potsdam.



Arbeitskämpfe in Potsdam und Nowawes

1919

In Nowawes streiken 3.509 vom 7. bis zum 14. Januar für den Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann. Vom Reichsbahnausbesserungswerk aus demonstrieren am 11. Januar die Arbeiter - weitere schließen sich an (vor dem Rathaus sind es ca. 2.000); zu ihnen spricht Willhelm Staab, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates Potsdam. Er fordert auf, sich zusammen zu schließen und Blutvergießen zu vermeiden. *-rt*

Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Feier

1949

Der Kreisvorstand Potsdam der SED führt am 20. Januar im Nikolaisaal Potsdam eine Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Feier durch; Arthur Dorf von der „Karl-Marx-Hochschule" erklärt: „Als deutsche Arbeiterklasse müssen wir feststellen, dass wir das Vermächtnis Lenins, Liebknechts und Luxemburgs bisher nicht erfüllt haben. Hätten wir es getan, wären die Millionen Toten des Krieges nicht gewesen, und wir hätten heute einen Lebensstandard, wie wir ihn noch nie gekannt haben. Es ist die Pflicht jedes verantwortlichen Menschen, jetzt daran mitzuwirken, dass dieses Vermächtnis in die Tat umgesetzt wird. Ihr Vermächtnis, das darin besteht, dass wir eine große Liebe für alles Menschliche, Schöne und Wahre hegen und unsere Verpflichtung, dass wir ihnen nacheifern werden."

„Egon und das achte Weltwunder" in der „MV"

1964

Die MV beginnt am 2. Januar mit dem Abdruck des Romans „Egon und das achte Weltwunder" von Joachim Wohlgemuth. Der Inhalt: Egon, wegen Körperverletzung gerade aus dem Knast entlassen, lernt Christine kennen, genannt das „achte Weltwunder". Ihren Beinamen verdankt die schöne Abiturientin der Tatsache, ganz ohne Männer auszukommen. Doch da ist Egon, der sich wie Christine in einem Jugendprojekt bewähren soll. Egon ist gefangen in seiner alten Clique, liebt Rock 'n' Roll und Fusel. Das Happy End lässt auf sich warten, denn Egons Kumpel haben Überraschungen parat."

DIE LINKE mit bürgernaher Politik

Aus dem Bericht der Stadtfraktion DIE LINKE an den Kreisparteitag
Von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg



Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg auf dem Kreisparteitag.

Im Rückblick auf das vergangene Jahr, aber auch mit Blick auf die gesamte Wahlperiode, kann man sagen, dass sich die erfolgreiche Entwicklung der Stadt fortgesetzt hat. Potsdam liegt als Boomtown auch im bundesweiten Vergleich in einer guten Position. Wir haben damit gute Voraussetzungen für eine sozial ausgewogene Entwicklung in Potsdam. Aber wo Licht ist, ist auch Schatten. Das sind vor allem: Wachsende soziale Gegensätze; das Wohnungsproblem; Defizite bei einer bedarfsgerechten Schulentwicklung sowie Verkehrsprobleme.

DIE LINKE hat als stärkste Fraktion und Opposition wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Stadt genommen. Wir haben als gestaltende und konstruktive Kraft für Bewegung in die richtige Richtung und auch für die notwendige Stabilität gesorgt. Das kann man von der Rathauskooperation nicht sagen.

Wir können mit Fug und Recht sagen: Wir haben diese Stadt besser gemacht für alle, die hier wohnen. Und: Wir haben ein Stück soziale Gerechtigkeit geschaffen.

Wofür haben wir LINKE uns konkret eingesetzt und was haben wir dabei erreicht?

Unserem konsequenten Druck ist zu verdanken, dass das Sport- und Freizeitbad am Brauhausberg planmäßig realisiert wird. Der Generalplanvertrag ist abgeschlossen. Dafür gab es eine einstimmige Zustimmung im Hauptausschuss. 2014 ist Baubeginn. Ende 2016 soll das Bad fertig sein.

Wir haben uns lange dafür eingesetzt, dass die Weiße Flotte an der Langen Brücke bauen darf. Nach all dem Hin und Her der letzten Jahre haben wir jetzt eine Mehrheit für einen Neubau der Flotte am Mercure erhalten. Dabei spielt eine große Rolle, dass wir uns für den Erhalt des Mercure einsetzen.

Das Potsdam-Museum hat im frisch sanierten Alten Rathaus eine neue Heimat gefunden. Wir haben seit kurzem eine hochmoderne Bibliothek in einem tollen Gebäude.

Beides gehörte zu unseren Bedingungen im Begleitbeschluss zur Entscheidung über den Landtagsneubau. Und gerade vor dem Einzug des Parlaments in sein neues Haus sollte nicht vergessen werden, dass DIE LINKE mit ihren Bedingungen, insbesondere der Bürgerbefragung, den Weg frei gemacht hat für den Landtagsneubau.

Wir unterstützen die Pläne zur Ansiedlung einer Kunsthalle im Palais Barberini.

Die Linksfraktion hat 10 Jahre nach der Eingemeindung durchgesetzt, dass die Ortsbeiräte ein Antragsrecht und die Ortsvorsteher ein Fragerecht in der Stadtverordnetenversammlung erhalten und dass ein Masterplan für den Potsdamer Norden erarbeitet wird.

Die Potsdamer Tafel hat endlich ein neues Quartier erhalten und die Suppenküche eine neue hochwertige Küchenausstattung. Das wäre ohne die LINKE nicht möglich gewesen.

Die neue Kaufhalle am Schilfhof wird gut angenommen. Wir setzen uns auch für eine schnelle Nachnutzung der alten Kaufhalle am Bisamkiez ein. Der Investor der Kaufhalle zum Teufelssee hat alle Unterlagen abgegeben - der Baubeginn ist Ende März geplant.

LINKE Anträge helfen verändern

Wir haben mit einer ganzen Reihe von Anträgen auf eine Verbesserung der Wohnsituation in unserer Stadt gedrängt. Die Arbeit am Wohnkonzept muss beschleunigt werden.

Dass es jetzt den Entwurf für einen Schulentwicklungsplan bis 2020 und die Bemühungen um eine solide Finanzierung gibt, ist auch ein Ergebnis der langjährigen zähen Arbeit der Linksfraktion für ein bedarfsgerechtes Schulangebot in Potsdam.

Das alternative Jugendkulturzentrum FreiLand arbeitet mit großem Erfolg. Deshalb ist es in diesem Jahr für den Dauerbetrieb bestätigt worden. Auch das Archiv in der Leipziger Straße wird mit Unterstützung der Stadt dauerhaft gesichert. Ohne DIE LINKE hätte es diese Entwicklung definitiv nicht gegeben. Mit unserer klaren Positionierung und unseren Vorschlägen haben wir erreicht, dass es keinen Parkeintritt gibt und das soll auch so bleiben.

Nicht zuletzt haben wir mit unserer Hartnäckigkeit erreicht, dass die Stadt ein Grundstück für den Bau eines Tierheims auf dem Sago-Gelände bereitgestellt hat. Ich freue mich, dass der Potsdamer Tierschutzverein dank unserer Unterstützung den Zuschlag für dieses Grundstück erhalten hat.

Insgesamt hat die Linksfraktion seit Beginn der Wahlperiode 404 Anträge in die SSV eingebracht. Davon sind 240 Anträge mehrheitlich beschlossen und 90 Anträge abgelehnt worden. Das kann sich sehen lassen. Zum Vergleich: Die SPD hat in dieser Zeit 194 Anträge vorgelegt.

Schwerpunkte bis zu den Kommunalwahlen

Für uns bleibt bis zu Kommunalwahl noch viel zu tun. So wollen wir stabile Voraussetzungen dafür schaffen, dass kein Parkeintritt erhoben wird. Wir wollen, dass mit dem Schulentwicklungsplan ein bedarfsgerechtes Schulangebot geschaffen wird. Wir wollen, dass nach der Sperrung der zwei Hallen im Luftschiffhafen zeitnah Lösungen für die Potsdamer Sportvereine gefunden werden.

Während andere abgehoben über Luxusprobleme reden, sorgt DIE LINKE für eine bodenständige bürgernahe Politik. Wir setzen die richtigen Schwerpunkte, mit denen „ein Potsdam für alle" schrittweise Realität wird.

Mit den Bürgern für die Bürger – keine andere Partei ist so kontinuierlich und intensiv im Gespräch mit den Potsdamerinnen und Potsdamern.

Neue Leiterin des Beteiligungsmanagements

Die Landeshauptstadt Potsdam hat seit dem 1. Dezember 2013 eine neue Leiterin des Beteiligungsmanagements. Oberbürgermeister Jann Jakobs verkündete im Hauptausschuss, dass die langjährige kommissarische Leiterin Simone Hartmann ab sofort die Geschäfte des Bereiches führt. Das Beteiligungsmanagement besteht aus acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ist im Geschäftsbereich Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung angesiedelt. Es fungiert bei gesellschaftsrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Themen als Schnittstelle zwischen den kommunalen Beteiligungen und Eigenbetrieben der Landeshauptstadt und der Verwaltungsführung. Potsdam ist derzeitig an 44 Unternehmen beteiligt, davon neun Eigengesellschaften, 32 Beteiligungsgesellschaften sowie ein Eigenbetrieb. Das Bilanzvolumen aller kommunalen Unternehmen betrug 2011 über 2,3 Mrd. Euro. Etwa 4.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den kommunalen Unternehmen beschäftigt.

Simone Hartmann ist 53 Jahre alt. Bis 1991 war sie als Diplomingenieurin in Maschinenbau-Unternehmen tätig. 1992 bis 1997 war sie verantwortlich für den öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis Nauen. 1997 wechselte sie in die Stadtverwaltung Potsdam in den Bereich Beteiligungen. Simone Hartmann ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Potsdams italienische Partnerstadt Perugia kennenlernen

Der Verein „Il Ponte - Brandenburgische Gesellschaft der Freunde Italiens" e.V. organisiert für die Landeshauptstadt Potsdam wieder eine Bürgerreise in die umbrische Stadt. Die neuntägige Busreise findet von Samstag, den 26. April bis Sonntag, den 4. Mai statt. Im Reisepreis von 735 Euro pro Person sind neben den Übernachtungen mit Halbpension und den Reisekosten auch alle Führungen, Eintrittspreise und Verkostungen enthalten.

Zum Programm gehören unter anderem eine Begrüßung im Rathaus von Perugia, Begegnungen mit Künstlern, Besuche von Ateliers und die Erkundung der Umgebung Perugias mit einer Umrundung des Trasimenischen Sees und einem Besuch in der mittelalterlichen Kleinstadt Assisi. Auf der Hinreise wird es einen Zwischenstopp mit Übernachtung am Gardasee geben, auf dem Rückweg einen im Friuli, einer der Schinkenregionen Italiens.

Die Anmeldung nimmt Maria-Luise Döring, die Vorsitzende von IL PONTE - Brandenburgische Gesellschaft der Freunde Italiens e.V., unter der 0331/878797 oder per E-Mail unter il_ponte@hotmail.com entgegen.

Ein wichtiger Schritt, Golm in seiner Spezifik weiter zu entwickeln

DIE LINKE.Kreisverband Potsdam begrüßt „Maßnahmeplan Golm“

Potsdam hat mit den Ortsteilen im Norden, die seit 2003 zur Stadt gehören, fast 50 Prozent seiner Fläche im ländlichen Raum und ist die Landeshauptstadt mit der größten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Das ist Chance und Verpflichtung zugleich. Die Ortsteile sollen langfristig in ihrer Spezifik erhalten und zugleich als Teil der Landeshauptstadt entwickelt werden. Für Golm immer prägender sind allerdings nicht die landwirtschaftliche Produktion sondern der Uni-Campus und der Wissenschaftspark mit seinen international agierenden Instituten. Dennoch oder gerade deswegen wird es von großer Bedeutung sein, z.B. den typischen Landschaftscharakters des Luchs zu erhalten oder die See-Erlebbarkeit zu sichern.

Die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem „Maßnahmeplan Golm“ begrüßen wir sehr, denn hiermit können beispielhaft für alle Ortsteile Weichen für die Zukunft gestellt werden. Zugleich fördern solche Initiativen eine neue Qualität der konkreten Einbeziehung der Bürgerinteressen. Wir haben großen Respekt vor der ehrenamtlichen Arbeit vieler Einwohner, ganz besonders vor dem Wirken der Ortsbeiräte und Ortsvorsteher.

Die für Golm geplanten Baumaßnahmen speziell im Bereich „Nördlich der Feldmark“ sind grundsätzlich zu begrüßen, da sie helfen, dringend benötigte Gewerbeflächen zu erschließen und das Wohnraumangebot in unmittelbarer Nähe zum Wissenschaftspark und zur Universität zu verbessern. Die damit eng verbundene Diskussion zur zukünftigen verkehrlichen Anbindung des Plangebietes B - 129 allerdings darf nicht außerhalb des gesamtstädtischen Verkehrskonzeptes geführt werden und muss alle benachbarten Stadtteile einbeziehen. Besondere Bedeutung haben ein effektiver öffentlicher Nahverkehr und eine bessere Nahversorgung. So können Fahrten in die Stadt vermieden und Grenzwerte für die Belastung durch Stickstoffoxid und Feinstaub eingehalten werden.

Sascha Krämer, Kreisvorsitzender DIE LINKE Potsdam

Hartz IV bedeutet in der Praxis massenhafte Rechtsbeugung

Von den rund 588.000 Widersprüchen gegen Hartz-IV-Bescheide wurden 35,4 Prozent zugunsten der Betroffenen entschieden. Dies traf auf sogar 43,3 Prozent der rund 115.000 Klagen gegen Jobcenter zu. Von den rund 59.000 Widersprüchen gegen Sanktionen, die die Kürzung der ohnehin viel zu geringen Hartz-IV-Leistungen bedeuten, wurden 37,6 Prozent zugunsten der Betroffenen entschieden, bei den rund 5.200 Klagen gegen Sanktionen waren in 43,9 Prozent der Klagefälle die Betroffenen erfolgreich. Das ergab die Antwort der Bundesregierung auf Anfrage von Katja Kipping. Dazu erklärt die Vorsitzende der Partei DIE LINKE: „Hartz IV ist nicht nur Armut und Ausgrenzung per Gesetz. Hartz IV befördert Behördenwillkür in beispiellosem Ausmaß - massenhafte Rechtsbeugung durch fehlerhafte Bescheide und rechtswidrige Sanktionen. Das Armuts-, Repressions- und Sanktionssystem Hartz IV gehört sofort abgeschafft. DIE LINKE wird ein Konzept einer sanktionsfreien, individuellen Mindestsicherung in Höhe von 1.050 Euro in den Bundestag einbringen.“

Bundesweit Unterschriften für Sanktions-Petition

Von Oberbayern bis zur Nordseeküste sammelten im Dezember des vergangenen Jahres Unterstützer – an der Spitze DIE LINKE - für die Petition zur „Abschaffung der Sanktionen und Leistungseinschränkungen „SGB II und SGB XII“ Unterschriften. So auch Mitglieder der Potsdamer LINKEN vor dem Jobcenter am Horstweg (FOTOS). Das Anliegen der Petition: Die Sanktionsparagraphen im Sozialrecht müssen weg. Denn die erlauben den Jobcentern, ihren »Kunden« die Leistungen, die eigentlich die Existenz sichern sollen, bis auf null zu kürzen. Betroffen sind Erwerbslose, Aufstocker, Rentner, Kranke und deren Kinder. Die Initiatorin der Petition, Inge Hannemann, selbst Jobcentermitarbeiterin und wegen ihrer Kritik an Hartz IV vom Dienst suspendiert, hält das für verfassungswidrig. Erreicht werden sollte bis zum 18. Dezember (nach Redaktionsschluss) das Quorum von 50.000 Unterzeichnern. Denn dann muss sich der Bundestag damit befassen.







Verkehr verquer?!

Nicht nur als thematischer Dauerbrenner sondern als zunehmender Dauerstress wird Potsdams Verkehrspolitik öffentlich kritisiert. Zu Recht; wie wir finden. Folgend soll das Nadelöhr, welches paradoxer Weise Breite Straße im Volksmund auch „Breiti“ genannt wird, betrachtet werden. Zugegeben, aus einer nicht ganz so ernst gemeinten Sicht.

Unberührt von weihnachtlicher Besinnlichkeit dröhnen hunderte Motoren von Fahrzeugen, in denen Einzelpersonen via Smartphone schon einmal ihre Einkäufe erledigen, auf der Breiten Straße. Motorenbeheizter Stillstand. Ich stelle mich notgedrungen hinten an. In mir erklingt das Mantra, welches der kooperative Chor dazu intonierte: „Es wird keine Verkehrsbeeinträchtigung durch den Umbau der Breiten Straße geben.“ Schon eine extreme Verdrängung der Realitäten, wie ich finde. Obwohl; vielleicht ist es ja Taktik. Auch ich denke nach ein, zwei Stündchen im Stau darüber nach, ob es nicht besser wäre den Verkehr einfach zu verbieten. In mir dämmert es verschwörerisch. Die Verengung der Breiten Straße ist vielleicht eine groß angelegte Umerziehungsmaßnahme. So etwas wie konfrontatives Lernen? Ich erahne dahinter das einst so radikale Ziel der GRÜNEN: Fahrverbot! Oder wenigstens Fahrverbot am Sonntag!? Obwohl der Sonntag wahrscheinlich der einzige Tag auf lange Sicht sein wird, an dem mensch Vormittags und Nachmittags in weniger als 30 Minuten hier mit dem Auto über die Havel kommt. Also doch besser Fahrverbot am Montag? Meines Erachtens sollte zu mindest über eine Namensänderung von „Breiti“ zu „Schmali“ nachgedacht werden. Wenn etwas „Breiti“ heißt, ist der Gedanke an etwas Breites naheliegend. Das ist irreführend, denn Breites gibt es hier nicht mehr. Und wenn das Ganze nicht so traurig wäre, würde ich fast lachen.

Matthias Lack, KV Potsdam

Alternativen in den Ortsteilen für marktkonformen Einzelhandel

Versorgung in den Ortsteilen: Sascha Krämer und Rolf Kutzmutz bei Beratung in Marquardt

In den nördlichen Ortsteilen Potsdams sind an die sogenannte „Fortschreibung" des Einzelhandelskonzeptes der Landeshauptstadt andere Erwartungen gestellt worden: Nur in Groß Glienicke und in Fahrland soll es Nahversorgungszentren geben – die kleineren Ortsteile wie Satzkorn, Neu Fahrland, Uetz-Paaren und Marquardt gehen leer aus. Das heißt: In ihren Orten wurde kein Standort für eine wohnortnahe, „fußläufig" erreichbare Verkaufseinrichtung ausgewiesen. Zu wenig Einwohner im Einzugsgebiet, heißt es in der Argumentation des externen Planungsbüros, das sich damit einzig an der Wirtschaftlichkeit des Betreibers orientierte. Und die Verwaltung nahm diesen Grundgedanken natürlich auf. Es gibt jetzt also ein Konzept, das letztlich gewährleisten soll, dass ein Einkaufsmarkt hier existieren kann, und verhindern soll, dass unrentable Einkaufsmärkte nicht als leere Ruinen herumstehen. Es ist sozusagen fast ein Gebietsschutz für diejenigen, die sich auf den zugewiesenen Standorten eingerichtet haben oder wollen. Das war den kleinen Ortsteilen nicht genug. Wie sollen sich vor allem die alten Einwohner versorgen, die nicht mehr auto-mobil sind?

In einer ersten Veranstaltung hatte Erik Wolfram, der stellvertretende Bereichsleiter Stadt- und Verkehrsplanung, schon alternative Möglichkeiten in den kleinen Orten angesprochen, „die nicht Supermarkt oder Einkaufszentrum heißen". Das sollte in einer zweiten Runde vertieft werden, die in Marquardt stattfand. Er hatte Jutta Moll von der Wirtschaftsförderung der Stadt dazu geladen sowie zwei Vertreter von LIDL und den Geschäftsführer des Einkaufsservice Potsdam, Sebastian Karg. „Wir müssen wirtschaftlich handeln", so das Fazit von Dirk Schlund, der bei LIDL für die Brandenburger Region zuständig ist. Es sei ein generelles Problem im ländlichen Raum, dass die notwendigen Einwohnerzahlen nicht einmal im Umkreis von 6 bis 8 km ausreichten. 1,8 Millionen Euro koste ein Neubau. LIDL verstehe sich zwar als Nahversorger, aber es müsse alternative Konzepte geben.



„Wir müssen wirtschaftlich handeln", so der LIDL-Manager (l.).

Alternativen hatte Wolfram in mehreren Punkten zusammengestellt: kleine Läden/Hofläden, Verkaufswagen, Familien/Nachbarn, Lieferdienste, Fahrdienste, ÖPNV – bis auf den letzten Punkt alles Dinge, die die Stadt kaum organisieren kann. Aber für die bessere Anbindung der Ortsteile mit Bus und Bahn könnte Krampnitz eine Schlüsselrolle bekommen: Die Weiterführung der Straßenbahn bis zum Plattner-Campus, eine Buslinie von Neu Fahrland über Fahrland zum Bahnhof Marquardt stehen im Verkehrskonzept. Allerdings: Der sogenannte „Galgen", die Fußgängerbrücke über die Bahnlinie, ist marode und tatsächlich nur zu Fuß zu überqueren. Selbst eine Schieberinne für Fahrräder lässt die Bahn nicht zu – wenn, dann nur in Verbindung mit einer völlig neuen Brücke, für die dann auch ein Aufzug vorgesehen werden müsste. Man denke nur an die älteren Menschen oder die Kinderwagenfahrer.

„Hier müsste sich die Stadt intensiver engagieren", sagt Sascha Krämer, der für die LINKE im Wahlkreis als Landtagskandidat aufgestellt worden ist und darin einen konkreten Wählerauftrag für die Landespolitik sieht.

Sebastian Karg, der Geschäftsführer eines Unternehmens, der die Marktlücke erkannt hat und im vorigen Jahr den Potsdamer Einkaufsservice gegründet hat, stellte vor, wie sich diejenigen seiner Dienstleistung bedienen können, die nicht mehr mobil sind. Bestellung per Telefon oder Internet, dann geht er einkaufen und bringt die Waren nach Hause. „Bisher habe ich noch keine Kunden aus dieser Region", sagte er. Er wäre auch bereit, den Einkaufsservice je nach individuellen Wünschen zu gestalten, eben auch einen Fahrdienst zum Einkaufen.

Nachbarschaftshilfe – aus der Not geboren – gibt es schon, sagen Hans Becker und Dietmar Bendyk, die Ortsvorsteher der kleinsten Dörfer Uetz-Paaren und Satzkorn, übereinstimmend. Es nütze alle Organisation nicht, wenn die älteren Bürger es nicht annehmen. Würden denn die älteren Bürger den Bus nutzen zum Einkaufen?

Aber auch Thomas Justin ist gekommen. Er ist der Betreiber des Kleinen Marktes in Marquardt. Er sagt unumwunden: „Wenn der Laden nicht mehr ist, seid ihr schuld." Seinen Laden könne er gerade noch so halten, und er beschreibt die Spirale nach unten, wenn sich die Kunden auf die Supermärkte konzentrieren und er nur noch da ist für frische Brötchen und Waren, die man vergessen hat und schnell noch braucht. Das könne er natürlich nicht vorrätig haben.

Sascha Hendel aus Marquardt bricht eine Lanze für den Dorfladen: Diesem zu helfen, sei 1000 mal besser als irgendwelche Förderungen.

Die Ortsbeiräte wollen nun Alternativen beraten und der Verwaltung Vorschläge unterbreiten.

Sascha Krämer am Ende der Veranstaltung: „Das Einzelhandelskonzept muss mehr sein als eine marktkonforme Verteilung des Einzelhandels in der Stadt. Es geht um die Versorgung aller Potsdamer, und das kann man nicht allein dem Markt überlassen." *-rd*



Sascha Krämer und Rolf Kutzmutz (2.u.3.v.r.) verfolgten interessiert die Diskussion.



Sebastian Karg bietet seine Dienste an.

Fotos: R. Dyk

Die zwei Welten der Innenstadtläden

Abgesehen vom Protest der Innenstadtläden gegen die Tourismusabgabe haben wir länger nicht über die wirtschaftliche Situation dort berichtet. Betrachten wir die Läden an der Brandenburger Straße, so wechseln sich global agierende Fastfoodketten, Banken, Markenmoden, Floristikunternehmen mit Maklern, Bäckern, Schmuck, Nobelrestaurants und Apotheken ab. Das ist nichts Neues mehr. Alteingesessene Gewerbe- oder Handwerksbetriebe sind bis auf wenige Ausnahmen verschwunden. Auch hier spricht der kritische Geist 2014 von „Gentrifizierung", das Kurzwort für das Verteuern von Mieträumen und Aufwerten von Stadtteilen zum Zweck der Verdrängung. Ein etwas anderes Bild zeigt sich wenige Meter daneben. In den Seiten und Parallelstraßen der „Brandenburger". Dort haben sich kleine Läden, Schneiderstuben, Suppenküchen, Szenekneipen, Spezialitätenhändler, Fachbuchhändler, Second Hand´s, Antiquitäten, Cafés oder Manufakturen angesiedelt. Fast versteckt können sie hier existieren und das umso besser, je näher sie an der Brandenburger Straße mieten konnten. Anders als benannte Fastfoodketten sind das auch die Unternehmen, die Potsdam mit ihren Steuern versorgen. Diese Unternehmen rechnen ihren Umsatz nicht fünfmal um die Welt, bis sie steuerfrei sind. DIE LINKE in Potsdam setzt sich besonders dafür ein, die Welt dieser kleinen Unternehmen zu erhalten und zu fördern. Stichworte wie Bürgersteigsanierung, Barrierefreiheit, kostenfreie Hinweisschilder, Gewerbe-Parkkarten für die nahen Parkhäuser sollen aus unserer Sicht geplant werden. Ein Konzept für verkehrsberuhigte Zeiten oder Zonen wird mitgedacht. Dies muss aber immer unter der Prämisse geschehen, Gentrifizierungsprozesse im Vorfeld zu benennen und zu vermeiden. Der Erhalt der Nischen und Lebendigkeit von Potsdams Innenstadt hat dabei Vorrang. DIE LINKE lädt weiter dazu ein, doch eher in den Nebenstraßen einzukaufen, zu schauen und zu staunen, statt auf den Shoppingmeilen zu „shoppen".

Matthias Lack KV

Mehr Rechte für die Ortsbeiräte

Nach rechtlicher Prüfung hat die Stadtverordnetenversammlung am 4. Dezember einen von der Fraktion der LINKEN initiierten Beschluss zur Ausweitung der Rechte der Ortsbeiräte gefasst. Demnach wird die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung entsprechend ergänzt. Es wird eingefügt, in § 12 der Geschäftsordnung:: „In die Tagesordnung sind ferner Beschlussanträge aufzunehmen, die ein Ortsvorsteher als Vertreter des Ortsteils nach Beschlussfassung im Ortsbeirat innerhalb der Vorlagefrist eingereicht hat und die gemäß § 47 Abs. 1 BbgKVerf Angelegenheiten seines Ortsteils betreffen und für die die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung bzw. des Hauptausschusses gegeben ist."

Und in § 15 der Geschäftsordnung wurde aufgenommen: „Anträge können vom Ortsvorsteher als Vertreter des Ortsteils nach Beschlussfassung im Ortsbeirat eingebracht werden, sofern sie gemäß § 47 Abs. 1 BbgKVerf Angelegenheiten seines Ortsteils betreffen und für diese Angelegenheiten die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung bzw. des Hauptausschusses gegeben ist."

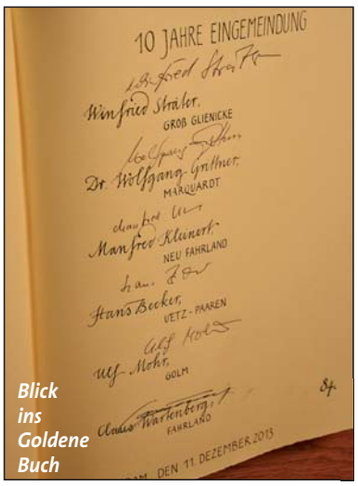
Der Ortsvorsteher von Groß Glienicke, Franz Blaser, bedankte sich ausdrücklich bei der Fraktion DIE LINKE für diese Initiative.

Vertreter Potsdamer Ortsteile trugen sich ins Goldene Buch der Stadt ein

Einer Anregung der Potsdamer LINKEN-Stadtfraktion folgend hat Oberbürgermeister Jann Jakobs im Dezember 2013 sechs Persönlichkeiten aus Potsdamer Ortsteilen gebeten, sich ins Goldene Buch der Landeshauptstadt Potsdam einzutragen. Sie stehen stellvertretend für das Jubiläum des 10. und 20. Jahrestages der Eingemeindung im Jahr 2013. Zu den Geehrten gehören die Ortschronisten Winfried Sträter aus Groß Glienicke und Wolfgang Grittner aus Marquardt, Manfred Kleinert (Neu-Fahrland) und Hans Becker (Ortsvorsteher Uetz-Paaren) als unermüdliche Streiter für den ländlichen Raum Potsdams und die Ortsvorsteher Claus Wartenberg aus Fahrland und Ulf Mohr aus Golm für ihre langjährige Tätigkeit als Ortsvorsteher.

Der Oberbürgermeister betonte, dass die Vertreter der Ortsteile eine stets anspruchsvolle Aufgabe zu bewerkstelligen haben. Ortsbeirat und Ortsvorsteher bilden eine Brücke zwischen den Ortsteilen auf der einen Seite und der Stadtpolitik und Stadtverwaltung auf der anderen Seite.

Zu den ersten Gratulanten gehörten der LINKEN-Fraktionschef Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, der Stadtpräsident Peter Schüler, Bürgermeister Exner, Beigeordnete Müller-Preinesberger sowie weitere Abgeordnete. Selbstverständlich ließen sich die Geehrten nicht nehmen, auf einige Ecken und Kanten im Verhältnis Stadt zu den Ortsteilen hinzuweisen. „Unsere Straße ist noch immer etwas holprig", sagte Claus Wartenberg. Hans Becker setzte hinzu: „Du hast wenigstens noch eine." Becker und der Neu Fahrländer Kleinert bewiesen sich wieder einmal als unermüdliche Streiter für den ländlichen Raum der Landeshauptstadt. Manfred Kleinert äußerste in diesem Zusammenhang noch seine besondere Vision: Die Landesgartenschau nach Potsdam zu holen mit dem ländlichen Norden als Brücke zwischen den Schlössern von Sanssouci und Paretz.



Blick ins Goldene Buch


Winfried Sträter, Claus Wartenberg, Wolfgang Grittner, Sozialbeigeordnete Elona Müller-Preinesberger, Manfred Kleinert, Bürgermeister Burkhard Exner, Hans Becker, Oberbürgermeister Jann Jakobs, Ulf Mohr und SVV-Vorsitzender Peter Schüler

Bildungsangebot für Politik und Kultur

Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg will sich in Regionen vernetzen

Dass der Vorstand der Brandenburger Rosa Luxemburg Stiftung am 14./15. Dezember 2013 in Wittenberge in Klausur ging, war kein Zufall: Erstens, weil sie ihre linke, politische Bildungsarbeit verstärkt den Interessenten auch in den Randregionen des Landes anbieten möchte – daher tagen Vorstand und Kuratorium zum Jahresende meist weit ab von Potsdam. Zweitens ist Steffen Kludt, der derzeitige Vorsitzende, ein Wittenberger – sozusagen die folgende Generation derjenigen Wissenschaftler, Politiker, Kunst- und Kulturschaffenden, die 1991 den „Brandenburger Verein für politische Bildung, Rosa Luxemburg" gegründet hatten, um dem kurz nach der Wende nicht hoffähigen linken Gedanken ein Forum zu bewahren.

Und drittens war auch Thomas Domres, der Parlamentarische Geschäftsführer der LINKE-Landtagsfraktion und auch aus der Prignitz, in die „Alte Ölmühle" gekommen, um die Gäste aus allen Landesteilen mit Neuigkeiten aus der Fraktion zu versorgen. Denn wenn es um das Suchen nach Alternativen für die gegenwärtigen Probleme geht, dann sind Politiker der LINKEN sowohl als Mitglieder als auch als Gäste bei den Veranstaltungen selbstverständlich, schließlich ist die Rosa Luxemburg Stiftung zwar kein Teil der linken Partei, aber ihr nahe stehend. So erfuhren die Teilnehmer aus erster Hand Hintergründe über den bereits begonnenen Wahlkampf, darüber, wie die LINKE – einzig in Brandenburg in der Regierung – sich Anfeindungen und Intrigen ausgesetzt sieht. „Dennoch", so Domres, „besagt der letzte Brandenburg-Trend, dass uns die Regierungsarbeit nicht – wie in Mecklenburg und Berlin – geschadet hat." Für Brandenburg sei eine Weiterführung der rot-roten Koalition sinnvoll, „aber nicht um jeden Preis". Deutlicher müssten allerdings die eigenen Erfolge in der Koalition benannt werden. „Das Wahlalter mit 16, die CCS-Verpressung an die Akzeptanz vor Ort zu binden, trägt unseren Namen", sagte Domres. Es sei wichtig, dass die Menschen das erfahren und verstehen.

Um das Verstehen solcher Zusammenhänge gehe es der RLS unmittelbar, sagt der Landes-Geschäftsstellenleiter Dr. Detlef Nakath. „Bei uns gibt es in allen Landesteilen so viele Menschen mit linkem weltanschaulichen Sachverstand, mit denen wir gern zusammenarbeiten würden."


Klausur der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Alten Ölmühle in Wittenberge – dort, wo sich Geschichte in altem und neuen Gewand manifestiert.

In Potsdam allerdings veranstaltet die Rosa-Luxemburg-Stiftung vor allem in ihrer Geschäftsstelle in der Dortustraße 53 zahlreiche regelmäßige Veranstaltungen verschiedener Formate, Vorträge, Kolloquien, Seminare, Lesungen zur aktuellen Politik, zur Geschichte und Kultur. Für das begonnene Jahr sind bereits Veranstaltungen zur Rentenpolitik und zum Abschlussbericht der Enquete-Kommission des Landtages angekündigt.

-rd

Das Papier nicht wert…

Die SPD-Basis hat zugestimmt. Und wir alle haben nun vier lange Jahre das zweifelhafte Vergnügen die „Realisierung“ des ominösen Koalitionspapiers zu erleben. Gehen wir die SPD-Errungenschaften (siehe Grafik) doch noch einmal im Einzelnen durch:

Der gesetzliche Mindestlohn hat dutzende Ausnahmeklauseln, kommt flächendeckend erst 2017, kommt auch nur brutto und wird mit der unnötig blockierenden Mindestlohnkommission sehr schnell unter die Inflationsrate fallen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei der Leiharbeit? Ja, aber erst nach 18 (!!) Monaten. Also nie.

Die umjubelte abschlagsfreie Rente steht unter Finanzierungsvorbehalt. Sollte „überraschend“ ein Finanzloch auftauchen, ist das Thema wieder vom Tisch – aber im Koalitionsvertrag von der Basis abgesegnet

Die 850-Euro-Mindestrente ist zwingend an kapitalgedeckte Privatversicherungen gekoppelt. Also für'n A…

Angleichung der Rente Ost/West stand schon im schwarz-gelben Koalitionsvertrag. Das ist das Papier nicht wert, auf dem es gedruckt steht.

Eine Steuererhöhungen bei Vermögenden wird es nicht geben - was die Finanzierung bei Rente und Co. zusätzlich erschwert. Vor allem, weil die nächsten Euro-Rettungspakete schon warten.

Frauenquote im Aufsichtsrat? Was für ein toller Erfolg, damit solche hochqualifizierten Damen wie Andrea Nahles für immer ausgesorgt haben.

Sechs Milliarden Euro zusätzlich für Kitas und Schulen, oder auch vier Milliarden Euro mehr für die Pflege sind über vier Jahre verteilt nicht mal ein Inflationsausgleich, sondern eher eine Kürzung.

Die Mietpreisbremse ist Etikettenschwindel. Darüber hatte sogar die „Qualitätspresse“ schon gelacht.

Strikte Regulierung der Finanzmärkte und Banken? Durch die SPD?

Bessere Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der EU? Wie soll das funktionieren, wenn man weiterhin auf Lohndumping und Exportüberschüsse pocht? Und noch etwas: Warum nur die Jugendarbeitslosigkeit bearbeiten? Jugendarbeitslosigkeit ist nur die Folge allgemeiner Massenarbeitslosigkeit.

Eine abgesicherte Energiewende? Soll man lachen? Hannelore Kraft hat das alles doch erfolgreich torpediert.

Mehr Transparenz bei Waffenexporten? Das ist lustig, denn es steht doch heute schon ganz offen in jeder Zeitung, dass Saudi Arabien und andere mit Panzern beliefert werden. Mehr Transparenz bringt diesbezüglich gar nichts.

Kurzum: Selbst wenn man kein „Kommunist“ ist, erkennt man klar und deutlich, dass diese ganzen Punkte sich völlig in Luft auflösen, wenn man genau draufschaut. Die SPD wäre deutlich besser beraten, wenn sie ihre Parteispitze absägt und dann zur Bundestagswahl 2017 ECHTE Mindestlöhne, Rentenverbesserungen und Steuergerechtigkeiten ohne diese Agenda-2010-Altlasten ausarbeitet. Aber was macht die SPD-Basis stattdessen? *-bm*



KOMMENTIERT

Kein anständiger Sozialdemokrat hätte diesem Vertrag zustimmen dürfen

Abseits von Mindestlohn, Rente und Frauenquote gibt es noch weitere gruselige Themen im „Koalitionsvertrag“: Bei der Krankenversicherung richtet sich der Zusatzbeitrag zukünftig nach dem Einkommen. Die Arbeitgeberbeiträge bleiben jedoch bei 7,3 Prozent eingefroren. Der Zusatzbeitrag durfte zudem bisher maximal zwei Prozent des Einkommens betragen, der einkommensabhängige Zusatzbeitrag hat jedoch keinen Deckel. Die Beschäftigten werden daher künftig drauf zahlen.

Auch der Pflegenotstand bleibt: Der Beitrag der Pflegeversicherung soll spätestens zum 1.1.2015 um 0,3 Prozentpunkte und anschließend um weitere 0,2 Prozentpunkte steigen. Ein Drittel dieser Beiträge wird nicht in die direkte Verbesserung der Pflegesituation investiert, sondern fließt in einen kapitalgedeckten „Pflegevorsorgefonds“ der Bundesbank. Das Risiko tragen die Beitragszahler. Für Demenzkranke, pflegende Angehörige und Pflegekräfte gibt es keine Verbesserungen.

Dispozinsen werden nicht begrenzt oder gar die Enteignung von Kleinsparern durch Versicherungen gestoppt. Abzocke bei Managergehälter wird nicht gestoppt, das überlassen Merkel und Gabriel den Aktionären. Bei der nächsten Bundestagswahl sollte die SPD plakatieren „Die AG entscheidet“ statt „Das Wir entscheidet!“.

Die Große Koalition bleibt zudem eine Bedrohung für den Frieden: Es droht die Aufweichung des Parlamentsvorbehalts bei Auslandseinsätzen. Der vollständige Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan fällt aus. Kampfdrohnen bleiben auf dem Einkaufszettel der Koalition, Rüstungsexporte gehen weiter und der Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland ist auch nicht vorgesehen.

Sigmar Gabriel meint, jedes SPD-Mitglied trage dieselbe Verantwortung wie der Parteivorsitzende. Da hat er Recht. Kein anständiger Sozialdemokrat hätte diesem Vertrag zustimmen dürfen…

Bernd Martin

Eine nicht genutzte Chance

Landauf landab trommelte die SPD-Führung bei ihren Mitgliedern für die triste „Große Koalition“. In trauter Eintracht betonte sie, in den Verhandlungen „viel erreicht zu haben“. Verwiesen wurde vor allem auf Mindestlohn, Rente mit 45 Beitragsjahren, die Ehe bei gleichgeschlechtlichen Partnerschaften und die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft für hier geborene Menschen.

Doch sind das wirklich Erfolge? Davon abgesehen, dass JEDER dieser Punkte zahlreiche Klauseln oder Finanzierungsvorbehalte besitzt. Aber ließe sich nicht JEDER dieser Punkte auch ganz ohne Koalition mit weit besserer Ausgestaltung verabschieden? Die Mehrheit dafür war ja vorhanden. Und DIE LINKE hatte es vorgeschlagen…

Stellen wir uns mal vor, Rot-Rot-Grün hätte (ohne Regierungsbildung) diese Gesetze im November und Dezember 2013 rasch verabschiedet. Erst mehrere Monate später, irgendwann im Frühjahr 2014 nach Auflösung des Bundestags durch den Bundespräsidenten (sofern dieser überhaupt mitgespielt hätte), wäre es vielleicht zu Neuwahlen gekommen. Dann müssten CDU und CSU GEGEN den eingeführten Mindestlohn, und GEGEN eine bessere Rente für langjährige Beitragszahler Wahlkampf machen. Und genau DAS hätte sich selbst Kanzlerin Merkel nie getraut. Ergo hätte es diese, von der SPD dann zurecht gefeierten Verbesserungen auch ohne eine Große Koalition geben können - und man hätte mit diesen Errungenschaften auch beherzt in den Neuwahl-Wahlkampf ziehen können.

Nun aber wird es so kommen, wie schon während der letzten „Großen Koalition“: Frau Merkel wird durch alle Welt reisen, Hochglanzbilder von wichtigen internationalen Treffen für das Wahlvolk liefern, während die mitregierende SPD zuhause dann sämtliche Kürzungen aufgrund der Schuldenbremse verteidigen muss. *-bm*

GLOSSIERT:

Der Gauck(ler) und sein „Boykott!“

Ja, es kostet Überwindung dem Meister der geschwollenen Rede, dem unendlich prätentiösen Selbstdarsteller Joachim Gauck recht zu geben. Aber im Fall seines Boykotts der olympischen Spiele in Russland hat er völlig recht. Zwar lässt das Bundespräsidialamt die Gründe dieses „Njets“ im Dunklen. Aber einige Gründe sind plausibel und völlig nachvollziehbar.

Zum einen ist es der in den Medien vermutete Protest gegen „Menschenrechtsverletzungen in Russland“. Sicher wird den Bundespräsidenten dieses mediale Russland-Bashing zu seinem Boykott der Spiele gebracht haben.

Aber mindestens ebenso wahrscheinlich ist, dass sein Protest auch den olympischen Spielen als solchen gilt. Die seit den Winterspielen in Salt-Lake-City bekannte olympische Korruption, die Vertreibung und Enteignung der indigenen Bevölkerung in Kanada rund um die Spiele, die Zerstörung der Natur durch den maßlosen Aus- oder Neubau von Autobahnen, Wintersportzentren und anderer Infrastruktur wird „unseren“ Präsidenten angewidert haben. Auch der Versuch des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) rund um die Londoner Sommerspiele 2013 solche Verlinkungen auf die IOC-Site zu verbieten, die die Spiele in einem „falschen, irreführenden, abfälligen oder sonst wie anstößigen Licht erscheinen (zu) lassen“ wird der Bundespräsident grundlegend abgelehnt haben. Denn diese Medienmanipulation steht der „russischen Zensur“ kaum nach.

Doch der aufrechte Demokrat Gauck wird sicher über den Boykott Russlands hinausgehen und keinesfalls mehr die USA bereisen. Weil schon die dortigen Wahlen - ein Wettkampf zweier Oligarchen-Gruppen, die sich inhaltlich nur wenig unterscheiden - bei dem nur der gewinnt, der die meisten Wahlkampfgelder einsammelt, all das wird die ehrliche Haut aus Rostock anekeln. Auch das US-Gefängnis-System der Apartheid wird mit dem Gauck-Boykott bestraft werden. Schließlich kann ein evangelischer Geistlicher die vielen Kriege der USA und ihren permanenten Drohnen-Mord keinesfalls dulden. Der Freiheitskämpfer Gauck aber wird vor allem die Bespitzelungs-Aktivitäten der NSA nicht dulden können, hat er doch die (ungleich geringeren) Stasi-Spitzeleien auf das Schärfste bekämpft... Ja, Herr Gauck; der Kampf hat erst begonnen. Und: Wir sind auf Ihrer Seite! -bm

Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert: Eine alternde Ideologie?!

Nach dem Politikwissenschaftler Thomas Meyer gibt es fünf konstitutive Faktoren für alle Theorien eines Demokratischen Sozialismus. Diese umfassen:
ein egalitäres Gerechtigkeitskonzept,
unbedingte Bejahung des Rechtsstaates,
sozialstaatliche Sicherung aller Bürgerinnen und Bürger,
sozialverträgliche Begrenzung oder Überwindung des Privateigentums,
die Einbindung und politische Regulation des Wirtschaftssektors.

Heute wird der Demokratische Sozialismus als Gesellschaftsvision von der LINKEN relativ offensiv, aber oft auch wenig reflektiert, und, als programmatischer Wurmfortsatz, auch von der SPD vertreten. Die Frage steht: Ist unsere Ideologie, unsere Vision eines Demokratischen Sozialismus alternd und damit nicht mehr zeitgemäß?

Die moderne Welt des 21. Jahrhunderts deutet mitnichten darauf hin, daher ist es wahrlich paradox, dass die Idee des Demokratischen Sozialismus anscheinend an Anziehungskraft eingebüßt hat.

Noch immer muss fast die Hälfte der Weltbevölkerung mit weniger als zwei Dollar am Tag auskommen. Die sozialen Ungleichheiten, welche sich zum Beispiel über das Maß des Gini-Koeffizienzen abbilden lassen, steigen in fast allen Ländern der Welt. Der weltweite Reichtum hat wieder das Vor-Krisen-Niveau erreicht. Und in Deutschland: Ist es derzeit vielleicht noch so, dass nur 3% aller Rentnerinnen und Rentner Grundsicherung beantragen müssen. Die Altersarmut aber wird die sozialpolitische Herausforderung überhaupt. Daher bleibt festzuhalten: Ein egalitäres, das heißt auf mehr Gleichheit abzielendes, Gerechtigkeitskonzept, ist sehr zeitgemäß.

In Deutschland ist der Rechtsstaat weit entwickelt. Dass er aber auch Grenzen hat, dafür stehen exemplarisch NSU und NSA. In der globalen Betrachtung jedoch bleibt zu fragen: Welche Rechte haben Gastarbeiter in Katar? Stehen Dissidenten in China oder Russland faire Verfahren zu? Können sich überhaupt alle Prozesskostenhilfe leisten, die es nötig haben? Natürlich sind jeweilige Gesetze immer auch Ausdruck politischer Kräfteverhältnisse, und geschriebenes, positives Recht ist nicht notwendig mit Gerechtigkeit gleichzusetzen. Und dennoch: Der Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit, und rechtsstaatliche Verfahren für alle bleibt absolut zeitgemäß.

In Deutschland hat die Agenda 2010 vieles verändert. Eine ihrer zentralen Wirkungen war die weitere Prekarisierung, die Verunsicherung der Mittelschichten, die verstärkte Abstiegsangst. Allerdings: Bei uns ist soziale Sicherung gegeben, in globalem Maßstab sogar auf hohem Niveau. Anders sieht es in Südeuropa aus. Durch die Austeritätspolitik wird der Sozialstaat geschliffen. Der Neoliberalismus, welcher als Ideologie wesentlich die Krise mit verursachte, macht jetzt noch einen finalen Angriff auf soziale Sicherungssysteme. Aber auch in den USA gelingt es kaum, eine allgemeine Krankenversicherung zu etablieren. Dies zeigt: Soziale Sicherung ist keine Selbstverständlichkeit. Aber sie ist institutionalisierte Solidarität und Humanität, und in diesem Sinne absolut zeitgemäß.

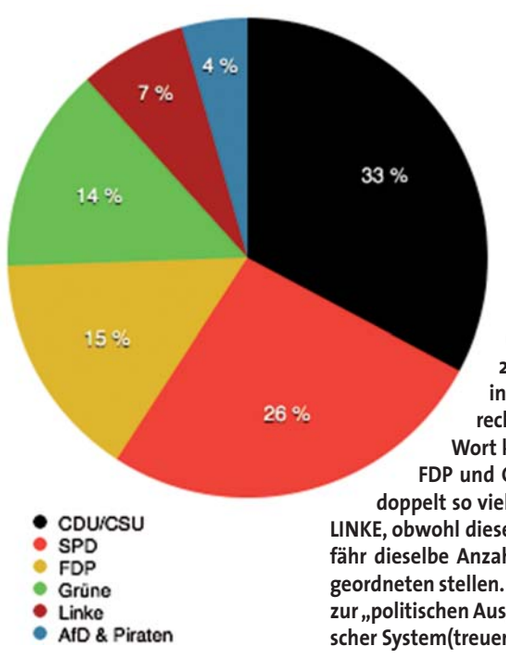
Die Eigentumsfrage hat die politische Linke schon immer gestellt. Und ein Nebeneinander verschiedener Eigentumsformen, wie Genossenschaften, öffentlichen Betrieben und staatlichen ist derzeit auch Bestandteil der LINKEN Programmatik. Allein: Es bedarf ganz neuer Eigentumsformen: Energiegenossenschaften zur dezentralen Energieerzeugung, das Teilen statt Besitzen von Dingen, Stadtwerke in öffentlicher Hand etc. Sicher ist der Besitz von Produktionsmitteln nicht der einzig entscheidende Faktor, aber immer noch einer der wichtigsten, der politische Macht sichert. Und immer dann, wenn der Wettbewerb von Privateigentümern, gerade der unregulierte, zu negativen Konsequenzen für Mensch und Umwelt führt, müssen andere Eigentumsformen gefunden werden. Daher ist auch die vierte Komponente absolut zeitgemäß.

Ein absolut freier Markt, das hat die Vielfachkrise 2007 gezeigt, führt nur zu noch drastischerer Umverteilung und sozialen Verwerfungen. Der wesentliche Effekt der Krise war, dass aus Bankenschulden nun Staatsschulden wurden. Und dass eine dringend benötigte, konsequente Klimapolitik auf die lange Bank geschoben wurde. Jedoch kann ein Ökosystem wie die Erde, welches über endliche Ressourcen verfügt, nicht unendlich seine Schätze verbrauchen oder die Atmosphäre mit Klimagasen aufheizen. Ein ungezügelter Wettbewerb schafft jedoch diesen stummen Zwang der Verhältnisse, von dem Marx einst schrieb. Dieser wiederum führt uns, genau wie die ständige Wachstums- und Beschleunigungsideologie, vor neue Abgründe. Daher ist Marktregulation, gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Krisenerfahrungen, wirklich mehr als zeitgemäß.

Es zeigt sich also, dass alle Fundamente eines Demokratischen Sozialismus heute noch zeitgemäß sind. Nur klingt dies offenkundig noch nicht genügend durch. Daher besteht unsere Aufgabe als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten wohl in zweierlei. Zu erklären, warum der Kapitalismus unvernünftig ist, und durch ein vernünftigeres System ersetzt werden muss. Aber dem Unbehagen, dem Gefühl, dass einiges schief läuft, eine demokratisch-sozialistische Richtung geben. Denn unsere Vision ist nicht alternd, sie ist aktueller denn je.

Moritz Kirchner
Mitglied des Kreisvorstandes

Proportionen im Öffentlich-rechtlichen



Die Grafik zeigt, welche Parteien im zurück liegenden (Wahlkampf-)Jahr 2013 überproportional in unseren öffentlich-rechten TV-Talkshows zu Wort kamen:
FDP und GRÜNE mit mehr als doppelt so vielen Auftritten als die LINKE, obwohl diese drei Parteien ungefähr dieselbe Anzahl an Bundestagsabgeordneten stellen. Soviel mal eben kurz zur „politischen Ausgewogenheit“ deutscher System(treuer)medien.



Merkels EU hat keine Zukunft

Die Europäische Union gleicht der Titanic: Bundeskanzlerin Angela Merkel, EZB-Präsident Mario Draghi sowie EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso zerren am Steuerrad, während die Finanzhaie auf dem Sonnendeck eine Party feiern. Auf den unteren Etagen – bei den Steuerzahlern, Arbeitnehmern, Rentnern und Arbeitslosen – wird es indes immer ungemütlicher.

Die „Euro-Rettung" bzw. der giftige Cocktail aus Bankenrettung sowie Kürzungsdiktaten und Depression war nur der Anfang von Merkels Himmelfahrtskommando. Im Windschatten der Krise entwirft die Bundeskanzlerin Pläne für eine EU, die Demokratie und Sozialstaat dauerhaft versenkt. Bis zur Wirtschafts- und Finanzkrise lehnte die Bundeskanzlerin jede engere Koordination der Wirtschaftspolitik (Economic Governance) ab, weil sie Maßnahmen gegen das deutsche Lohndumping fürchtete.

Als die Euro-Krise tobte, änderte die Bundeskanzlerin den Kurs. Denn in der Krise hat Merkel die Hosen an: Mit den Bankenrettungsmilliarden der Steuerzahler kann sie die Politik im Rest Europas diktieren. Deutschland ist nun die unbestrittene Supermacht in Europa. Merkels Ziel: Europa soll im Interesse der deutschen Exportkonzerne permanenten Druck auf die Löhne ausüben, um „Made in Germany" in die ganze Welt zu verkaufen. Darüber hinaus will Merkel auch die Banken zu Global Playern im Weltmaßstab machen, die faulen Eier in den Bilanzen der Zombie-Banken werden daher mit freundlicher Unterstützung der Europäischen Zentralbank (EZB) auf die Steuerzahler abgewälzt.

Die EU ist der größte Binnenmarkt der Erde. Eine Billiglohnstrategie schadet daher nicht nur der Mehrheit der etwa 500 Millionen Menschen in der EU, sondern auch Europas Wirtschaft. Dies ficht die Bundeskanzlerin jedoch nicht an. Die Merkel-EU ist auf dem Vormarsch: Ein permanenter Bankenrettungsschirm – der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) – wurde eingerichtet. In den nationalen Verfassungen der Mitgliedstaaten wurden Schuldenbremsen verankert bzw. der Fiskalpakt vereinbart. Das EU-Verfahren zur Bekämpfung wirtschaftlicher Ungleichgewichte, der Euro Plus Pakt, das Europäische Semester sowie der geplante Wettbewerbspakt runden die Angriffe auf Löhne und Sozialstaat bis hin zum Streikrecht ab. Auch die Bankenunion – eine Lebensversicherung für Zombie-Banken – steht vor Vollendung. Der EU-Kommissionspräsident Barroso nannte diese Entwicklung zu Recht eine „stille Revolution". Denn vieles davon spielte sich außerhalb der EU-Verträge ab, weil die Regierungen auf dem Höhepunkt der Krise Volksabstimmungen fürchteten.

Seit der Bundestagswahl prescht Merkel nun weiter vor: Brüssel soll direkt in die nationalen Haushalte eingreifen dürfen, die Rentensysteme und Arbeitsmärkte sollen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit EU-weit zerstört werden. Dazu will die Bundeskanzlerin nun auch die EU-Verträge ändern. Sie will über Brüssel in Europa durchregieren. Der Vorteil? Wenn Technokraten in Brüssel, bei der EZB in Frankfurt oder dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg Demokratie und Sozialstaat abwickeln, werden Parlamente machtlos und die Menschen resignieren. Denn die EU-Verträge lassen sich nur mit Zustimmung aller 28 EU-Mitgliedstaaten ändern.

Merkel will ein Europa der Ohnmacht. Doch sie vergisst: Das Grundgesetz ist laut Verfassungsgericht eine demokratische Schranke. Wer das Grundgesetz über die EU-Verträge entsorgt, muss diese auch in Deutschland einer Volksabstimmung unterziehen. DIE LINKE fordert daher die Ermöglichung von Volksabstimmungen – auch in Deutschland.

Wir wollen überdies eine „neue EU" mit demokratischen und sozialen Verträgen, die in allen Mitgliedstaaten Volksabstimmungen unterworfen werden müssen. Wir sind uns sicher: Eine Mehrheit in Europa lehnt die Zerstörung von Demokratie und Sozialstaat ab. DIE LINKE wird Oppositionsführerin gegen das Europa der Banken und Konzerne sein, um den Kurs der Titanic zu ändern, bevor die EU den Eisberg rammt.

Sahra Wagenknecht (
erschienen auf linksfraktion.de
am 30.10.2013)

Künstlerinnen und Künstler für offenen Atelier-Tag gesucht

Der nächste „Tag der offenen Ateliers" in der Landeshauptstadt Potsdam wird am 4. Mai 2014 stattfinden. Dazu lädt die Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport, Dr. Iris Jana Magdowski, die Künstlerinnen und Künstler erneut zur Teilnahme ein, um die Arbeiten und Ateliers erneut einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Bildende Künstlerinnen und Künstler verwirklichen seit mehr als 15 Jahren den beliebten „Tag der offenen Ateliers" und bieten damit inspirierende Einblicke in hiesige Werkstätten der Kunst. In diesem Jahr hatten sich über 50 Künstlerinnen und Künstler vielfältiger Ausrichtung – ob Malerei, Fotografie oder Actionpainting - sich und ihre Arbeit vorgestellt.

Der Verein Kulturland koordiniert die landesweit übergreifenden und parallel stattfindenden „Offenen Ateliers" in Brandenburg.

Helmut Scholz begrüßt alternatives Handelspolitikmandat

In Brüssel haben Ende November 2013 mehr als 50 Organisation der Zivilgesellschaft ein von ihnen erarbeitetes alternatives Handelspolitikmandat vorgestellt. Das Dokument „Handel: Zeit für eine neue Vision" wurde vom Europaabgeordneten Helmut Scholz, Sprecher für Handelspolitik der Linksfraktion GUE/NGL, vor der Öffentlichkeit auf dem Place Luxembourg begrüßt. Er versicherte seine volle Unterstützung für den neuen Ansatz und kündigte an, die Forderungen der Zivilgesellschaft in die Debatten im Europäischen Parlament zu tragen. „Sie haben nun in mir einen Alliierten gefunden", versprach Helmut Scholz.

Das Alternative Handelsmandat der Zivilgesellschaft fordert Transparenz und Demokratisierung für die Verhandlungen der EU – Kommission über Handelsabkommen. Verlangt wird ein Parameterwechsel in der europäischen Handelspolitik. Menschenrechte, Rechte der Frauen, Arbeitnehmerrechte, Rechte der indigenen Bevölkerung und der Schutz unserer Umwelt sollen künftig Priorität vor den Interessen von Konzernen und der Privatwirtschaft erhalten. *www.alternativetrademandate.org/*



NIKOLAUS brachte StadtTeilTanne zur PLATTE

Der Nikolaus hatte am 7. Dezember 2013 die StadtTeilTanne eigenhändig auf die PLATTE gebracht. Und dann steppte von 13.00 bis 18.00 Uhr der BÄR als an der Haeckel-/Knobelsdorffstraße wieder über 30 Künstlerinnen und Kunsthandwerker ihre Waren feilboten. Die „WESTKURVE" schmiss den Grill an und heizte mit Glühwein ein. Die Waffeleisen und Crepeplatten glühten, das Sägewerk packte den Hammer aus, Posaunen und Kinderstimmen erklangen, Gitarrenriffs zur Bratschenmelodei weihten die neue PLATTENbühne ein und die PLATTENbox öffnete zum Adventskalender die Türe.

Erstmalig erstrahlte die PLATTE im adventlichen Lichterglanz und veredelte das Farbenspiel auf Beton.

Abends fand das zünftige Willkommensfest der „Neuen Nachbarschaften" in der neuen Konzerthalle von Potsdam-West, zu der sich die Mensa der Da-Vinci-Gesamtschule mausert, mit einem KONZERT von STROM und WASSER feat. THE REFUGEES seinen krönenden Abschluss.

Das ganze Fest lief bei freiem Eintritt dank der großzügigen Unterstützung von PRO POTSDAM, Tolerantes Brandenburg, AG Stadtspuren und selbstverständlich der Landeshauptstadt Potsdam. Hervorzuheben ist natürlich auch die Hilfe von zahlreichen Menschen aus Potsdam-West, die den NIKOLAUSMARKT zu ihrem eigenen Fest machten. Anerkennung für das Stadtteilnetzwerk Potsdam-West mit der Koordinierungsstelle „Neue Nachbarschaften". Übrigens kann man/frau die Arbeit der Organisatoren auch mit einer SPENDE unterstützen: KONTO: 1116838600 - BLZ: 43060967 - GLS Gemeinschaftsbank Stichwort zur Verwendung: N.N. - Neue Nachbarschaften

(Das Stadtteilnetzwerk ist berechtigt Spendenquittungen auszustellen)

2014: Das ändert sich für Energieverbraucher

Verbraucherzentrale Brandenburg informiert: Was sich 2014 ändert

Höhere EEG-Umlage. „Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) garantiert den Erzeugern von Strom aus erneuerbaren Quellen eine feste Vergütung je Kilowattstunde eingespeisten Stroms. Hierfür wird von den Stromkunden eine sogenannte Umlage erhoben. Diese wird im Jahr 2014 voraussichtlich auf einen neuen Höchstwert von 6,24 Cent je Kilowattstunde steigen. Steuern Verbraucher nicht gegen, werden die Stromrechnungen also steigen."

Heizkostenverordnung schreibt geeichte Geräte vor. „Laut Heizkostenverordnung müssen Vermieter für eine korrekte Abrechnung der Betriebskosten bis spätestens 1. Januar 2014 geeichte Warmwasserzähler und Heizwärmemessgeräte verwenden. Anderenfalls darf der Mieter den Anteil der Wärmekosten, der nicht gemäß der Verordnung erfasst wurde, pauschal um 15 Prozent kürzen."

EU-Label für Staubsauger. „Die EU-Ökodesign-Richtlinie regelt für alle europäischen Staaten, wie viel Strom Geräte maximal verbrauchen dürfen. Im neuen Jahr treten weitere Bestimmungen daraus in Kraft: Ab 1. September müssen auch neue Staubsauger das EU-Energieeffizienzlabel tragen. Außerdem gelten erhöhte Mindestanforderungen an ihre Energieeffizienz. Eine weitere Verschärfung wird es im Jahr 2017 geben."

Anforderungen an Neubauten. „Auch die neue Fassung der Energieeinsparverordnung (EnEV) wird 2014, voraussichtlich im Frühsommer, in Kraft treten. Darin geregelt sind unter anderem neue, verschärfte Anforderungen, die Neubauten bezüglich ihres Energieverbrauchs und Wärmeverlusten erfüllen müssen. Außerdem müssen beispielsweise energetische Kennwerte künftig in Immobilienanzeigen mit angegeben werden."

Bei allen Fragen zum Stromsparen, energieeffizienten Bauen und der Auswahl effizienter Geräte hilft die Energieberatung der Verbraucherzentrale: online, telefonisch oder mit einem persönlichen Beratungsgespräch. Die Berater informieren anbieterunabhängig und individuell. Für einkommensschwache Haushalte mit entsprechendem Nachweis sind die Beratungsangebote kostenfrei. Mehr Informationen gibt es auf www.verbraucherzentrale-energieberatung.de oder unter 0800 – 809 802 400 (kostenfrei). Die Energieberatung der Verbraucherzentrale wird gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

SUDOKU

		5	3	4		2		
						8		
4	2				7			5
		2		7				1
5			4		8			2
3				5		4		
6			2				9	8
		4						
		7		6	5	3		

Auflösung Dezember

3	4	6	**9**	7	1	**8**	**5**	**2**
8	5	1	6	**2**	**3**	4	7	**9**
7	2	9	**4**	8	5	6	1	3
1	7	**8**	2	5	4	3	9	**6**
2	**9**	4	7	3	6	1	**8**	**5**
6	3	5	8	1	9	**7**	2	**4**
5	1	7	3	4	**2**	9	6	8
9	8	3	**5**	**6**	7	2	4	**1**
4	**6**	**2**	1	9	**8**	5	3	7

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Dienstag, 07.01.2014, 14.30 Uhr:
Wir begrüßen das Neue Jahr 2014 - „Spiel mir eine alte Melodie ..." Jeder Jahrgang hat seinen Wein und seine Lieder – die schönsten Schlager zum Raten und Wünschen von und mit Gerald Meister. *

Montag, 13.01.2014, 14.30 Uhr:
„Die schönsten Nationalparks - Bayerischer Wald und Sächsische Schweiz". Eine interessante Video-Reise durch die schönsten Nationalparks der Erde mit Karl Kreutz. *

Mittwoch, 15.01.2014, 19.00 Uhr:
Dr. Norbert Podewin, Mitherausgeber des „Braunbuchs über Kriegs- und Naziverbrecher in der BRD" spricht zum Thema „Altnazis in Bonner Diensten" auf einer Veranstaltung der Rotfuchsregionalgruppe Potsdam im Kaffee des Jugendzentrums „FreiLand", Friedrich-Engels-Straße 22.

Montag, 20.01.2014, 14.30 Uhr:
„Australien - der tropische Norden" (1). Die Alfred und Toni Dahlweid Stiftung lädt Sie ein zu einer interessanten Videoreise in den tropischen Norden Australiens. *

Dienstag, 21.01.2014, 14.30 Uhr:
„Eine Reise in Bildern: Güstrow und Ernst Barlach". Eine heitere und nachdenkliche Vortrags- und Gesprächsreihe mit Dr. Herbert Schlomm. *

Dienstag, 28.01.2014, 14.30 Uhr:
Fotografische Reise mit Bishnu Kumar Karki: „Nepal - das Land der Götter und der höchsten Berge". Bishnu Karki ist in einem kleinen Dorf in Nepal, nahe der tibetischen Grenze, geboren und aufgewachsen, bis zum Jahr 2000 lebte er in Kathmandu, jetzt ist er Yoga-Lehrer in Potsdam, und als Reiseleiter entführt er Sie gern in seine Heimat. Mit seinen Bildern möchte er Ihnen die Naturschönheiten, die Kultur, aber auch den Alltag der Menschen seiner Heimat näher bringen. *

Freitag, 31.01.2014, 19.00 Uhr:
„Vorsicht Baustelle" mit dem Kabarett „Lampenfieber" - Kabarett- und Kleinkunstzeit im STERN*Zeichen mit Wein, Bier und Schmalzstullen. Das bereits mehrmals hier aufgetretene Kabarett zeigt das Leben als Baustelle – jede in Berlin und Potsdam so lang wie das halbe Leben.
Beim Blick hinter den Bauzaun begegnen uns Zaungästen jede Menge Nervensägen und Dünnbrettbohrer. Da gibt es den Hausmeister, dessen zweites Zuhause
der Baumarkt ist. Die alternde, sich rund erneuernde Diva und die Bundestagstoilettenfrauen, die einen Tapetenwechsel brauchen. Modepapst Harald Glööckner verkauft paillettenbesetztes Werkzeug an die modebewusste Heimwerkerin. Alle kreiert von Matthias Bittroff, Jana Olschewski und Frank Schlegel und eingekauft vom Freundeskreis im STERN*Zeichen in der Galileistr. 37-39 in 14480 Potsdam.

Montag, 03.02.2014, 14.30 Uhr:
„Australien - der weite, unberührte Westen" (2). Teil 2 einer interessanten Videoreise durch den weiten, unberührten Westen Australiens. *

Dienstag, 04.02.2014, 14.30 Uhr:
„Spiel mir eine alte Melodie ...". Ein musikalischer Nachmittag zum Raten, Wünschen, Mitsingen und Tanzen oder einfach nur zum Zuhören mit Gerald Meister. *

---

* Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung Zentrum Ost, Edisonallee 11.